

nehmen. Das Gesetz, das wir Ihnen unterbreiten werden, basiert also auf den neusten Erkenntnissen einer Expertengruppe, wie es hier gefordert wird.

Ich habe gesagt, dass uns das hier angesprochene Problem auch in Zukunft beschäftigen wird. Wir arbeiten jetzt und auch in Zukunft immer wieder mit Fachleuten zusammen, die das entsprechende Know-how haben, um allfällige Enthüllungen und andere Herausforderungen zu beurteilen und dann auch Massnahmen umzusetzen. Eine zusätzliche Expertengruppe, die das Ganze begleitet, ist aus unserer Sicht nicht notwendig, denn wir möchten dort, wo sich etwas ergibt, gezielt mit Fachleuten zusammenarbeiten. Wir haben jetzt das umzusetzen, was wir aufgrund der Herausforderungen und der Erkenntnisse vorbereitet haben. Wir brauchen jetzt eigentlich nicht mehr Papier, sondern wir sollten das umsetzen, was wir bereits wissen. Das wird einen sehr grossen Schutz bieten. Wir stehen in einem Prozess, der uns während Jahren begleiten wird.

Wir sind also der Meinung, dass eine Expertengruppe in der von der Motion geforderten Form nicht notwendig ist, weil wir bereits seit Jahren an diesen Fragen arbeiten und auch entsprechende Ergebnisse vorweisen können.

Haller Vannini Ursula (BD, BE), für die Kommission: Ich möchte trotzdem noch ganz kurz Stellung nehmen. Herr Nationalrat Borer, ich bin immer wieder erstaunt: Wenn ich hier in die Runde schaue, sehe ich nicht primär aufgeregte Hühner, sondern vor allem auch von Fall zu Fall mehrheitlich sture Hähne. *(Teilweise Heiterkeit)* Das ist übrigens auch in der Sicherheitspolitischen Kommission so, auch dort sind die Frauen immer noch in der Minderheit.

Aber zurück zum Thema und vor allem zur Ernsthaftigkeit: Es zweifelt keine Person daran, dass es auf diesem Gebiet gilt, sorgsam und vor allem vorausschauend zu beurteilen, was uns denn die Zukunft in diesem einem rasanten technologischen Wandel unterworfenen Business noch bringen wird.

Wenn Sie gehört haben, worum es dem Motionär in den vier Punkten der Motion eigentlich geht, dann stellen Sie fest, dass er keinesfalls die absolut gute Arbeit der Verwaltung hinterfragt. Seien wir ehrlich: Entwickeln wir nicht alle von Fall zu Fall einen Röhrenblick, weil wir so sehr mit der Materie befasst sind und von Fall zu Fall den zwingend notwendigen unabhängigen Blick von aussen vermissen lassen? Wenn eine Expertenkommission aus Vertretern von Wirtschaft, Hochschulen usw. uns hier weiterhelfen könnte, dann müsste uns dies doch allen nur recht sein. Aber ich will den Pfad der Tugend auch hier nicht verlassen.

Das Abstimmungsergebnis in unserer Sicherheitspolitischen Kommission, Sie haben es gehört, war das knappstmögliche: Mit 12 zu 11 Stimmen empfiehlt Ihnen die Kommission die Einsetzung dieser Expertenkommission.

Borer Roland F. (V, SO): Frau Kollegin Haller, sollte ich fälschlicherweise bei Ihnen und den überaus freundlichen und netten Kolleginnen und Kollegen in diesem Ratssaal den Eindruck erweckt haben, ich hätte mit «aufgeregten Hühnern» das weibliche Geschlecht gemeint, so möchte ich mich dafür recht herzlich entschuldigen. *(Heiterkeit)*

Fridez Pierre-Alain (S, JU), pour la commission: Après cet éclaircissement, j'ajouterai un tout petit commentaire sur les propos de Monsieur Borer. Il est vrai que les révélations d'Edward Snowden ont tout de même été une surprise. Cela a créé une déstabilisation et même si, au sein de la majorité de la commission, nous reconnaissons tous les efforts qui sont faits au niveau de l'administration, du département, pour réussir à dominer ces cyberrisques, il est clair que l'on est ici face à une situation exceptionnelle. Or à situation exceptionnelle, mesures exceptionnelles. Monsieur Borer fait référence à des procédures législatives en cours et rappelle que, de toute façon, cette commission ne pourrait pas intervenir dans ce processus. Mais il est clair que si des éléments importants, fondamentaux, sortaient des travaux de

cette commission, ils seraient à l'évidence intégrés au processus législatif.

Selon la majorité, on ne peut pas faire l'économie d'une telle commission d'experts. La technologie évolue vraiment très vite; il ne faut pas mettre tous nos oeufs dans le même panier. Il est important de prendre le temps de véritablement offrir au pays la meilleure cyberprotection.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.3841/10 025)

Für den Antrag der Mehrheit ... 97 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 80 Stimmen
(4 Enthaltungen)

13.4015

**Postulat FK-NR (13.041).
Nicht mehr benötigte Immobilien
des VBS im Sinne
der Öffentlichkeit nutzen**

**Postulat CdF-CN (13.041).
Affecter à un usage public
les biens immobiliers du DDPS
devenus inutiles**

Nationalrat/Conseil national 13.03.14

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Annahme des Postulates.

Angenommen – Adopté

13.3691

**Postulat Feri Yvonne.
Studie betreffend
die gesellschaftliche Zusammensetzung
der Bundesversammlung
und die Bedürfnisse ihrer Mitglieder**

**Postulat Feri Yvonne.
Etude concernant
la composition socioprofessionnelle
de l'Assemblée fédérale
et les besoins de ses membres**

Nationalrat/Conseil national 13.03.14

Büchler Jakob (CE, SG), für das Büro: Das Büro nimmt zum Postulat 13.3691 wie folgt Stellung: «Das Büro sieht zurzeit keinen Handlungsbedarf. Es ist grundsätzlich der Ansicht, dass die den Ratsmitgliedern zur Ausübung ihres Parlamentsmandats zur Verfügung stehenden Dienstleistungen und Unterstützungen ausreichend und gut sind. Nach Auffassung des Büros sind den Kandidaten für ein Parlamentsmandat die Rahmenbedingungen der parlamentarischen Tätigkeit bekannt. Das Büro stellt zudem fest, dass die Rahmenbedingungen für Ratsmitglieder in den letzten Jahren durch konkrete Parlamentsrechtsreformen wiederholt angepasst und verbessert worden sind. Es verweist in diesem Zusammenhang etwa auf die Vorlagen zur Erhöhung der Jahreseinkommen und Jahresentschädigungen ... zur Verbesserung der Vorsorgeregelung für die Ratsmitglieder ... zum Teuerungsausgleich für die Entschädigungen und Beiträge an die Ratsmitglieder und Fraktionen ... zur elektronischen Zurverfügungstellung der Kommissionsproto-

kolle und -unterlagen via Extranet ... sowie zur Erhöhung der Fraktionsbeiträge zur Deckung der Kosten der Sekretariate ... Das Büro gibt auch zu bedenken, dass bereits neuere Studien und jeweils zu Beginn einer Legislatur erstellte Statistiken über die berufliche Zusammensetzung von Nationalrat und Ständerat verfügbar sind ... Das Büro würde eine vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den von der Postulantin aufgeworfenen Fragen durchaus begrüssen. Es erachtet es aber nicht primär als Aufgabe des Parlamentes, in diesen Bereichen, insbesondere in Bezug auf die gesellschaftliche Zusammensetzung der Bundesversammlung, für die Aufarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse besorgt zu sein. Aus der Perspektive des Büros würden entsprechende Studien idealerweise von politisch unabhängigen Gremien wie Universitäten oder Hochschulen initiiert und betrieben.»

Das Büro beantragt darum, das Postulat abzulehnen.

Feri Yvonne (S, AG): Wenn ich meinem Vorredner zuhören, glaube ich, dass das Büro nicht ganz verstanden hat, worum es in meinem Vorstoss geht. Die Bundesversammlung arbeitet bekanntlich als Milizparlament. Es ist jedoch unbestritten, dass die Ansprüche an die Parlamentsmitglieder in den letzten Jahren stark gestiegen sind. Die Zeit ist schneller geworden, die Dossiers dicker und komplizierter; zumindest beobachtet man das. Damit der Ratsbetrieb funktioniert und damit die Mitglieder des Parlamentes in Zukunft weiterhin effizient und effektiv arbeiten können, müssen die Zusammensetzung der Bundesversammlung und die Bedürfnisse der Parlamentarierinnen und Parlamentarier professionell erhoben werden. Nur so kann abgeleitet werden, ob es Veränderungen im parlamentarischen Betrieb braucht. Dabei soll aber auch aufgezeigt werden, inwiefern sich die Zusammensetzung des Parlamentes, was die einzelnen Mitglieder betrifft, verändert hat.

Es sind heute mehr junge Eltern, aber auch Personen aus verschiedensten Berufen im Rat vertreten, und zum Glück auch Frauen. Vor einem Jahrzehnt wurden die Daten, die heute vorliegen, erhoben. Es ist daher wirklich an der Zeit, dies wieder zu tun. Konkret soll mit meinem Postulat eine Studie veranlasst werden, welche die Veränderungen der gesellschaftlichen Zusammensetzung der Bundesversammlung und die Bedürfnisse ihrer Mitglieder hinsichtlich der Ausübung der Parlamentstätigkeit aufzeigt.

Bei der Vorprüfung meiner parlamentarischen Initiative 13.410, «Überprüfung des Sessionsrhythmus auf die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik», sind verschiedene Fragen aufgetaucht. Es wurde festgestellt, dass systematische Angaben über die Zusammensetzung der Bundesversammlung und die Bedürfnisse der Parlamentsmitglieder fehlen. Dem Parlament steht eine Studie aus dem Jahre 2001 zur Verfügung, welche den Aufwand für die Parlamentstätigkeit im Vergleich zu den zur Verfügung stehenden Infrastrukturen erfasst. Es wäre wichtig, die Daten über den Aufwand zu aktualisieren und mit aktuellen Angaben über die sozioprofessionelle Zusammensetzung der Bundesversammlung zu ergänzen. Schliesslich sind auch die Bedürfnisse der Ratsmitglieder bezüglich der Ausübung ihres Mandats zu erfassen.

Insbesondere wären somit folgende Fragen zu beleuchten: Wie sieht die gesellschaftliche Zusammensetzung der Bundesversammlung heute im Vergleich zu früher aus?

Wie viel Zeit investiert ein Parlamentsmitglied in die Parlamentstätigkeit im Vergleich zu seinen übrigen Tätigkeiten? Welche Bedürfnisse haben die Parlamentsmitglieder bezüglich der Organisation der Parlamentsarbeit? Ich bin davon überzeugt, dass wir all diese Angaben brauchen, damit wir allfällige Änderungen einleiten könnten. Solche Anpassungen brauchen Zeit, zum Teil einige Jahre oder sogar Jahrzehnte. Deshalb soll heute der Start erfolgen, indem wir den Auftrag zur Erhebung der notwendigen Daten geben. Ich danke Ihnen, wenn Sie mein Postulat unterstützen.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzte Kollegin Feri, Sie legen die Aufgabe des Parlamentes fast so aus, als ob wir ir-

gendein «Wohlfühlklub» wären. Veränderungen muss es geben, die gibt es im Parlament ja immer wieder. Denken Sie nicht, dass der Wähler die Veränderungen, die er will, schon anbringt und dass es nicht die Aufgabe einer Kommission oder einer aussenstehenden Gruppe ist, das zu beleuchten?

Feri Yvonne (S, AG): Es ist eine massive Unterstellung, dass ich das Parlament als Wohlfühlklub bezeichnen würde, eine solche Aussage liegt mir sehr, sehr, sehr fern. Das ist es nicht! Wir leisten hier professionelle Arbeit, und für diese professionelle Arbeit brauchen wir Zeit und Infrastruktur.

Herzog Verena (V, TG): Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Meine Frage: Ist Ihr Ziel ein Berufsparlament?

Feri Yvonne (S, AG): Wir sind ein Milizparlament, und das unterstütze ich auch weiterhin.

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Das Büro beantragt die Ablehnung des Postulates.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.3691/10 026)

Für Annahme des Postulates ... 68 Stimmen

Dagegen ... 100 Stimmen

(2 Enthaltungen)

04.469

Parlamentarische Initiative Simoneschi-Cortesi Chiara.

Obligatorischer Strafregisterauszug für Personen, die mit Kindern arbeiten

Initiative parlementaire Simoneschi-Cortesi Chiara. Obligation d'exiger un extrait du casier judiciaire des personnes qui travaillent avec les enfants

Differenzen – Divergences

Nationalrat/Conseil national 06.03.08 (Vorprüfung – Examen préalable)

Ständerat/Conseil des Etats 02.06.08 (Vorprüfung – Examen préalable)

Nationalrat/Conseil national 13.03.14 (Differenzen – Divergences)

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(= Der Initiative keine Folge geben)

Antrag der Minderheit

(Guhl, Brand, Fehr Hans, Nidegger, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Rutz Gregor, Stamm)

Festhalten

(= Der Initiative Folge geben)

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(= Ne pas donner suite à l'initiative)

Proposition de la minorité

(Guhl, Brand, Fehr Hans, Nidegger, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Rutz Gregor, Stamm)

Maintenir

(= Donner suite à l'initiative)

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Da Frau Simoneschi-Cortesi nicht mehr Mitglied des Nationalrates